

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Horst Gobrecht setzt sich mit Steuerplänen der Bundesregierung auseinander: Unsolide Senkung auf Pump.

Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier MdL verurteilt die Sparpolitik der niedersächsischen Landesregierung: Universalität von Weltruf bedroht.

Seite 4

Horst Niggemeier MdB kommentiert das Angebot des neuen NRW-CDU-Vorsitzenden, die Kohle-Probleme des Landes gemeinsam zu lösen: Dr. Blüm spielt mit gezinkten Karten.

Seite 5

Wolfgang Sieler MdB weist die Schrumpfungspläne eines Züricher Unternehmensberaters zurück: Widerstand gegen die Beerdigung der Maxhütte.

Seite 7

42. Jahrgang / 101

29. Mai 1987

Unsolide Steuersenkung auf Pump

Zu den Steuerplänen der Bundesregierung

Von Horst Gobrecht

Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Die in Aussicht genommenen Steuersenkungen, sowohl diejenigen, die 1988 in Kraft treten sollen als auch die für die 90er Jahre sind nicht solide finanziert. Es sind Steuersenkungen auf Pump. Über die Parteilager hinweg wurden jüngst auf der Finanzministerkonferenz in Berlin und auch in der Sitzung des Bundesrats vom 15. Mai 1987 die große Sorge der Länder über den zwangsläufigen Anstieg der ohnehin hohen Haushaltsdefizite deutlich.

Bisher sind die Steuersenkungspläne nichts als ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Es gibt Grund zur Skepsis, ob die für Herbst angekündigten Deckungsüberlegungen - Stichwort Subventionsabbau - einen Beitrag in der angepeilten Größenordnung von 19 Milliarden DM auch nur annähernd erbringen werden. Es gibt gewisse Erfahrungen im Deutschen Bundestag zum Subventionsabbau. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat es bisher ein einziges Subventionsabbaugesetz gegeben, Volumen acht Milliarden DM, über das es erhebliche Auseinandersetzungen gab. Wenn mit dem, was vollmundig versprochen worden ist, Ernst gemacht wird, steht uns allen noch eine ganze Menge bevor. Gegen den zu erwartenden Protest sind die freundlichen Hinweise, die zur Zeit überall in Niedersachsen auf Demonstrationen gegeben werden, ein sanftes Säuseln.

Angesichts der Lage der Haushalte, zurückgehender Steuerzuwächse und der absehbaren Schwierigkeiten beim Subventionsabbau geht es um die Grundsatzfrage des Verhältnisses von Konsolidierungspolitik zur Steuersenkungspolitik: Darf man Steuersenkungen auf Pump machen?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kennzeichen: Unsere
mit dem alten Kennzeichen
Reinhold-Pöhl



Noch vor 18 Monaten hat Bundesfinanzminister Stoltenberg in seiner Studie zu den Aufgaben und Zielen einer neuen Finanzpolitik festgestellt:

„Steuersenkungen auf Kredit passen nicht in ein Konzept, das sich an den Kriterien Kontinuität, Konsistenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik in ihren Teilbereichen wie im Ganzen orientiert. Solide finanzierte Steuersenkungen erfordern daher Geduld, klare Prioritäten und den Verzicht auf neue Machbarkeitsräume.“

Der Bundesfinanzminister hat zugelassen, daß diese - richtige - Position zunehmend aufgeweicht wird. Sein Wort von der „vorübergehenden Erhöhung der Kreditaufnahme“ öffnet der Abkehr von konsequenter Konsolidierungspolitik Tür und Tor. Mit „vorübergehend“ wird die abschüssige Bahn, auf die man sich begibt, zu einer kleinen Delle verniedlicht. Abzusehen ist ein sich verstärkender Trend erheblich erhöhter Neuverschuldung, der wirklich beängstigende Größenordnungen bei den Ländern und Gemeinden, aber auch beim Bund in Aussicht stellt.

Noch im vorigen Sommer wurde in der letzten mittelfristigen Schätzung des Bundesfinanzministers für den Finanzplanungsrat ein Defizit für den öffentlichen Gesamthaushalt im Jahre 1990 in Höhe von 26 Milliarden DM angesetzt. Jetzt wird das Defizit von ihm mit rund drei Prozent vom für 1990 zu erwartenden Bruttosozialprodukt prognostiziert. Das bedeutet, daß es zwischen 60 und 70 Milliarden DM liegen wird. Welch atemberaubender Wechsel bei den Vorstellungen von solider Finanzpolitik.

Bundesregierung und Bundesfinanzminister sind Gefangene ihrer eigenen Ideologie von einer notwendigen Senkung der Staatsquote geworden und verlieren dabei die finanzpolitischen Realitäten aus dem Auge. Die Gefahr ist groß, daß sich hier eine Entwicklung anbahnt, wie wir sie in den USA feststellen, wo eine exorbitante Defizitentwicklung in Gang gesetzt worden ist, die inzwischen die gesamte Weltwirtschaft, also auch uns, außerordentlich bedroht.

Die Steuersenkungspläne, insbesondere die Aufstockung für 1988, werden auch konjunkturpolitisch begründet. Sie können dieses Ziel aber nicht erreichen, weil sie einseitig die Bezieher höherer Einkommen begünstigen, die durch die Steuersenkung nicht gerade zu höherem Konsum veranlaßt werden. Aus konjunkturpolitischer Sicht wäre es notwendig, die Steuersenkungen auf niedrigere Einkommen zu konzentrieren.



Die soziale Schieflage der Steuersenkungspläne wird nicht nur deutlich, worauf immer wieder hingewiesen wurde, wenn man die große Spanne zwischen der Entlastung der Durchschnitts- und der Spitzenverdiener in absoluten Zahlen vergleicht. Auch relativ werden Besserverdienende stärker entlastet.

Ein Beispiel: Ein Ehepaar mit einem durchschnittlichen Einkommen von 41.000 DM wird 1988 eine Entlastung von 1,7 Prozent erhalten. Ein Ehepaar mit 126.000 DM Einkommen erhält dagegen eine Entlastung von 8,9 Prozent, also fünfmal soviel.

Zudem handelt es sich bei dem, was vorgelegt worden ist, um eine verpaßte Reformchance. Den Namen Steuerreform verdienen die Pläne der Bundesregierung nicht. Die dringend notwendige Steuervereinfachung bleibt erneut auf der Strecke. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß zum Beispiel mit dem Ausbau der Sonderabschreibung zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe die bürokratische Subventionitis wieder fröhliche Urständ feiern wird. Noch 1984 wollte der Bundesfinanzminister diese Subvention als Beitrag zur Steuervereinfachung streichen. Jetzt soll sie erhöht werden. An den vielen kleinen Unternehmen wird sie vorbeilaufen: Sie haben gar nicht die Zeit und die Leute für den notwendigen bürokratischen Auftragsaufwand.

Die Planungen der Bundesregierung sind sozial einseitig, konjunkturpolitisch unwirksam, eine verpaßte Reformchance und nicht solide finanziert. Mit dieser Steuersenkung auf Pump wird ein verhängnisvoller Weg beschritten, dessen Konsequenzen bedauerlicherweise nicht unmittelbar, sondern mit der Verzögerung von einigen Jahren, dann aber um so deutlicher, spürbar werden oder, wie die „Zeit“ dem Bundesfinanzminister ins Stammbuch geschrieben hat: „Solide ist ein solches Haushaltsgebaren nicht zu nennen.“

(-/29.5.1987/rs/ks)

* * *



Das „Aus“ zum 250sten?

Die Politik der niedersächsischen Landesregierung droht eine Universität von Weltruf zu zerstören

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Vorsitzende der Bildungspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

Passend zum 250sten Geburtstag präsentierte Albrechts Landesregierung der niedersächsischen Vorzeige-Universität Göttingen die Rechnung: Stellenstreichungen, Mittelkürzungen, Studiengebühren. Sogar der konservative Universitätspräsident erklärte: Er müsse im nächsten Semester Teile der Universität schließen, wenn das alles so verwirklicht werde. Anstelle der großen Jubiläumsfeier in dieser Woche daher Streik, Boykott und die größte Demonstration, die die Stadt je erlebt hat. Zum Feiern also wahrlich kein Anlaß. Und das nicht zum ersten Mal.

Der 100ste Geburtstag: Proteste von Göttinger Hochschullehrern gegen einen Verfassungsbruch des hannoverschen Königs führen zu Lehrverbot, Verweis von der Universität. Einige von ihnen verlassen das Land.

Der 200ste Geburtstag: Großer Jubelaufmarsch der Nationalsozialisten. Gleichzeitig erreicht die Vertreibung jüdischer Hochschullehrer ihren Höhepunkt. Fast alle müssen Göttingen verlassen - die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät wird fast völlig zerschlagen.

Der 250ste Geburtstag - das erste Jubiläum in einem demokratischen Staat - sollte einen Gegenpunkt bilden, doch wieder macht die zuständige Regierung der Universität einen Strich durch die Rechnung. Wenn die Landesregierung ihre Sparbeschlüsse nicht zurücknimmt, bedeutet dieses Jubiläumsjahr das „Aus“, den Anfang vom Ende der Universität Göttingen als international anerkannte Lehr- und Forschungsstätte.

Am Anfang sah alles ganz anders aus. Die englische Krone, in Personalunion auch für das Kurfürstentum Hannover „zuständig“, stattete die Universitätsneugründung in Göttingen materiell gut aus und ließ die Professoren ohne Bevormundung lehren und forschen. Ein rasch wachsender wissenschaftlicher Ruf und der Aufbau von wegweisenden wissenschaftlichen Einrichtungen (zum Beispiel die Bibliothek) waren das Ergebnis. Das preußische Kultusministerium verschaffte durch eine weit-sichtige Personalpolitik und entsprechende Investitionen in den räumlichen Ausbau „seiner“ Universitäten Spitzenpositionen im Deutschen Reich. Das demokratische Preußen setzte diese Politik fort.

Nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands kann die fast unzerstörte Universität ihren Betrieb sehr schnell wieder aufnehmen. Sie wird zum Anlaufpunkt bedeutender Gelehrter, die von ihren bisherigen Wirkungsstätten vertrieben wurden und geflohen waren. Als Mitte der 60er Jahre über einen Ausbau der Universität entschieden werden muß, kann sich Finanzminister Alfred Kubel (SPD) gegen seinen CDU-Kollegen aus dem Kultusressort durchsetzen. Schon damals votierte die CDU für eine Sparlösung, während der Kubel-Plan aufgrund einer vorausschauenden Vorfinanzierungs-Idee praktisch einen Neubau der Universität ermöglichte. Ohne diese Entscheidung wäre die Universität schon 1966 einem Schrumpfungsprozess ausgesetzt worden.

Die heutige CDU/FDP-Landesregierung knüpft mit ihrer Hochschulpolitik an die undemokratischen, kurzsichtigen und letztlich auch wissenschaftsfeindlichen Traditionen an. In Zeiten reicheren Geld-segens ließ sie ohne Konzept in Niedersachsen - hier und da - Rumpf-Hochschulen sprießen. Jetzt, bei knapperer Kassenlage, wird erneut konzeptionslos mit dem Rasenmäher gespart.

Die Universität Göttingen hat bereits in den letzten Jahren erhebliche Kürzungen bei Personal und Mitteln hinnehmen müssen. In vielen Bereichen wird hart an der Grenze des Vertret- und Zumutbaren gearbeitet. Weitere Kürzungen sind ohne einen kaum wieder gutzumachenden Verlust an Substanz nicht zu verkräften.

Wenn die niedersächsische Landesregierung ihre Bankrottbeschlüsse verwirklicht, wird sie jedoch nicht nur eine Universität mit Weltruf zerstören. Sie wird in absehbarer Zeit anstelle des von ihr propagierten „Forschungslandes Niedersachsen“ eine forschungs- und hochschulpolitische Wüste schaffen. Sie wird damit dem Land Niedersachsen, das ohnehin seit Jahren in der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung hinter anderen Bundesländern hinterherhinkt, auch für die Zukunft die Basis für eine Aufwärtsentwicklung entziehen.

(-/29.5.1987/rs/ks)

* * *



Dr. Blüm spielt mit gezinkten Karten

Zum Angebot des neuen Landesvorsitzenden der CDU in Nordrhein-Westfalen, die Kohleprobleme gemeinsam zu lösen

Von Horst Niggemeier MdB

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat seinen Einstieg in den NRW-Landesvorsitz der CDU leider mit einer gravierenden Unaufrichtigkeit vollzogen. Wer wie Norbert Blüm dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau die Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Kohlekrise anbietet - und die ist zweifellos dringend geboten! - der sollte im Interesse der Kohlenreviere und ihrer Bevölkerung darauf verzichten, die Aufhebung der SPD-Beschlußlage im Hinblick auf den Ausstieg aus der Kernenergie als Voraussetzung für eine existenzsichernde Kohlepolitik anzuführen.

Natürlich wird noch über die Frage, ob es bei dem bisherigen Konsens von Kohle und Kernkraft bleiben kann oder auch bleiben muß, zwischen den unionsregierten Ländern und den SPD-Ländern eingehend verhandelt werden müssen. Da ist sicher mehr zu klären, als sich aus den Beschlüssen der einen und den Verlautbarungen der anderen bislang herauslesen läßt. Problemfrei wird diese Diskussion sicher nicht sein. Allerdings kann der Weg zu einem tragbaren Kompromiß nicht darin bestehen, seine jeweils eigenen Ausgangspositionen als unveränderbar zu bezeichnen.

Norbert Blüm kann deshalb nicht sagen, daß die Bergleute von denen „im Stich gelassen“ werden, die den Konsens von Kohle und Kernkraft aufzugeben beabsichtigen.

Dieser in Frage gestellte Konsens - für den ich im Prinzip und möglicherweise modifiziert nach wie vor eintrete - ist nämlich nicht die Ursache der Kohlekrise. Diese Ursachen sind im Wirtschaftsministerium jener Bundesregierung zu suchen, der Norbert Blüm als Arbeitsminister angehört.

Dort im Hause Bangemann hat man nämlich längst damit aufgehört, die heimische Steinkohle als Element unserer Versorgungssicherheit anzusehen. Der sozialdemokratische Beschluß zum Ausstieg aus der Kernenergie bis zum 31. Dezember 1996 - ohnehin wegen der herrschenden Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat nicht realisierbar - ist doch nur ein vorgeschobenes Argument, um sich aus der staatlichen Existenzsicherung der einheimischen Steinkohle zu verabschieden.

Richtig ist doch wohl, daß trotz harter Kontroversen und massiver Ausstiegsforderungen die Stromerzeugung aus Kernkraft bis heute unbeschadet geblieben ist und nach Lage der Dinge auch unbeschadet bleiben wird. Das weiß auch der CDU-Landesvorsitzende Norbert Blüm. Warum also dieses Spiel mit gezinkten Karten?!

Der Grund für diesen künstlichen Konflikt um den Konsens Kohle/Kernkraft liegt in der Absicht des Blüm'schen Kabinettskollegen Bangemann, im deutschen Steinkohlenbergbau einen radikalen Schrumpfungsprozess einzuleiten.

Die Pläne und Überlegungen für diesen Kahlschlag in die Kohlekapazitäten sind im Bundeswirtschaftsministerium längst entwickelt. Entsprechende Einzelheiten machen bereits in den Bergwerksunternehmen und unter Experten die Runde.



Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zeichnen sich bereits folgende Maßnahmen ab:

1. Die deutsche Industrie soll sich freiwillig damit einverstanden erklären, daß in Zukunft der Verdrängungsnachweis im Wärmemarkt (statt Öl - deutsche Kohle) entfallen darf. Davon dürften etwa drei Millionen Tonnen Steinkohle betroffen sein, die durch billigere Importkohle ersetzt werden sollen.
2. Bei der 1995 zu erfolgenden Verlängerung des Jahrhundertvertrages sollen die derzeitigen Kohlemengen stark reduziert werden. Die deutsche Kohle soll zukünftig nur noch in der Mittellast eingesetzt werden und außerdem in diesem Bereich noch mit der Importkohle konkurrieren. Die vermutete Absatzminderung durch diese Maßnahme wird um bis zu 15 Millionen Tonnen geschätzt. Unabhängig davon soll der Jahrhundertvertrag schon jetzt mit dem Ziel neuverhandelt werden, die beihilfefähigen Kohlemengen schon bald spürbar zu reduzieren.
3. Es ist beabsichtigt, den bisherigen Revierausgleich für die Bergwerke Ibbenbüren und Sophia-Jacoba sowie an der Saar wegfällen zu lassen und die Zahlung dieses Revierausgleichs auf die Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland umzustellen - eine für diese Reviere in die Katastrophe einmündende Maßnahme.

Wenn man zu diesen Überlegungen noch den Wegfall der Beihilfen für die Kokskohlen-Exporte (rund 6,5 Millionen Tonnen) und den Rückgang des Kohleeinsatzes in der Stahlindustrie (vielleicht vier Millionen Tonnen) dazurechnet, dann sind mindestens ab 1995 mehr als 28,5 Millionen Tonnen Steinkohlenförderung gefährdet - im Klartext bedeutet das die Stilllegung von maximal zwölf Zechen.

Da in den Bergbauunternehmen noch keine endgültige Klarheit über diese oben skizzierte Entwicklung besteht, wird auch die Investitionstätigkeit im Bergbau mit den bekannten Folgewirkungen auf die Bergbauzulieferindustrie erheblich vermindert werden. Es wird zu dramatischen Arbeitsplatzverlusten an allen Ecken und Enden kommen, wenn hier nicht ein gemeinsamer Stopp von allen nordrhein-westfälischen Landtagsfraktionen und deren Parteiorganisationen gefordert wird.

Vor dem Hintergrund der Überlegungen, die sich gegen die einheimische Steinkohle richten, wäre es für Norbert Blüm besser, er würde sich von der fadenscheinigen Argumentation über den verlorengegangenen Konsens von Kohle und Kernkraft lösen und stattdessen gemeinsam mit Johannes Rau in Bonn und allen Bundesländern für die Erhaltung der deutschen Steinkohlenförderung eintreten.

(-/29.5.1987/rs/ks)

Widerstand gegen Mini-Maxhütte

Ein Züricher Unternehmensberater legte ein Beerdigungskonzept für den traditionsreichen Betrieb vor

Von Wolfgang Sieler MdB

Gab es in der letzten Woche aufgrund des unternehmenseigenen Sanierungskonzeptes noch neue Hoffnung für die Beschäftigten der bayerischen Maxhütte, so haben sich in den letzten Tagen die Wolken drastisch verfinstert. Aus dem Gutachten der Züricher Unternehmensberatungsfirma Hayak zur Fortführung des Stahlwerkes in der Oberpfalz sickerten Einzelheiten durch: die bisherige Belegschaft von 4.500 Arbeitnehmern soll auf 1.200 reduziert werden, unter Einrechnung der Urlaubs- und Krankheitsvertretungen auf höchstens 1.450. Das kann die Oberpfalz mit einer Arbeitslosigkeit von 20 Prozent im letzten Winter, das kann der kleine Stahlstandort Sulzbach-Rosenberg nicht verkraften. „Die Lichter gehen aus“, diese düstere Perspektive für eine ganze Region wird greifbar nahe, sollten sich diese Pläne durchsetzen.

Bisher hieß es, die umfangreiche Produktionspalette der Maxhütte solle erhalten werden. Die neue Hayak-Konzeption sieht dagegen vor: Stilllegung von Rohrwerk, Stahlwerk und Hochofen in Sulzbach-Rosenberg und Einstellung aller sozialen Dienste; lediglich zwei Elektroöfen, zwei Stranggußanlagen und die Adjustage sollen noch arbeiten. Im benachbarten Werk Haidhof soll eine einzige Walzstraße übrig bleiben. Das ist die gefürchtete Mini-Stahlwerks-Konzeption, die nur noch Betonstahl herstellt und für das Werk keine Zukunftsaussichten mehr läßt. Kein Unternehmenskonzept sondern ein Beerdigungskonzept für einen der ältesten Stahlstandorte Deutschlands. Dem Toten wird es dabei egal sein, ob er in einer Holzkiste oder in Samt und Seide beerdigt wird. Ohne die bisherige Fertigungstiefe ist die Maxhütte nicht überlebensfähig.

Die Landesgruppe der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten traf sich am 27. Mai 1987 mit den Betriebsräten der Hütte zur Beratung der neuen Situation. Im Ergebnis war man sich einig: Die bisherige Form der Konkursabwicklung ist einmalig und es bestehen erhebliche Zweifel, ob das Verfahren und die Handlungsweise des Konkursverwalters allen rechtlichen Erfordernissen gerecht wird. Die Ansprüche der Arbeitnehmer und ihre Rechte sind im bisherigen Konkursablauf nicht genügend berücksichtigt.

Es besteht die Gefahr, daß die Ansprüche aus den Sozialplänen der Zeit vor dem Konkurs untergehen. Hier muß dringend geholfen werden, da zahlreiche Arbeitnehmer im Vertrauen auf Sozialplanunterstützungen bereits vor dem Konkurs das Unternehmen verlassen.

Die im Konkurs Ausscheidenden stehen ohne Ansprüche auf EGKS-Beihilfen oder Maßnahmen nach dem AFG da. Für die Menschen, Familienväter, Mütter, Kinder, bedeutet dies das Ende ihrer materiellen Existenz. Die Einbeziehung der von der Schließung der Maxhütten-eigenen Grube Leonie betroffenen Bergleute in die EG-Hilfen nach dem Montan-Union-Vertrag ist völlig ungeklärt.

Was soll eigentlich mit den Menschen geschehen, die auf die Straße gesetzt werden? Hier muß analog der Regelungen im Saarland eine Stiftung oder Beschäftigungsgesellschaft geschaffen werden, die diesen Menschen wieder Rechte verschafft: Recht auf Arbeit und Einkommen, Recht auf Weiterbeschäftigung und Umschulung.

Die SPD-Landesgruppe der bayerischen Bundestagsabgeordneten fordert den Erhalt der gesamten Produktionspalette des Werkes. Ferner will sie prüfen lassen, inwieweit die Freistaat-eigene BHS als Unternehmer für die Maxhütte infrage kommt. Es soll eine volkswirtschaftliche Kostenuntersuchung für die Region unternommen werden, die die sozialen, wirtschaftlichen und fiskalischen Kosten des Crash-Programms der Hayek-Berater auflistet. Die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise allein reicht nicht mehr aus, wenn eine ganze Region in Agonie verfallen soll.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses zu beantragen. Es muß beim bayerischen Minister für Wirtschaft und Verkehr eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet werden, die allen Betroffenen Auskünfte über den Ablauf des Verfahrens erteilt. Die Landtagsfraktion wird gebeten, durch Fragen an die Staatsregierung den genauen Inhalt des Gutachten-Auftrags an die Firma Hayek zu erkunden. Es steht zu vermuten, daß die Züricher von vorne herein den Auftrag für eine Mini-Konzeption hatten. Die genauen Umstände wurden bisher nur ausgeküngelt und liegen völlig im Dunkeln.

Wir Sozialdemokraten sind empört darüber, daß die bayerische Staatsregierung bisher nicht bereit war, den Schwebezustand der Maxhütte zu beenden. Es ist immer noch keine Entscheidung über ihren Fortbestand gefallen, trotz aller schönen Worte auch des Ministerpräsidenten. Trotz des Konkurses arbeiten die Menschen weiter. Sie wissen nicht einmal, ob sie ihre Löhne noch bekommen werden. Vergleicht man dies mit den Bemühungen von Franz Josef Strauß um den Airbus, so kommt man unweigerlich zu dem Schluß: der Airbus-Aufsichtsratsvorsitzende Strauß bedient zuerst einmal sein Unternehmen; die Menschen der Oberpfalz müssen warten.

(-/29.5.1987/rs/ks)

* * *

